Verkehrsausschuß
10. Sitzung

06.02.1986
ig-mm

Titel 891 20 - Zuschüsse für Investitionen an die Deutsche Bundesbahn zur Verbesserung der Nahverkehrsbedienung - war in der letzten Sitzung zurückgestellt worden, um zu überlegen, in welcher Form die dringende Forderung des Ausschusses, mit der sogenannten Nordschleife am Düsseldorfer Flughafen die Strecke zwischen Düsseldorf und Duisburg zu schließen, noch einmal geltend gemacht werden kann.

Abg. Aigner (SPD) meint, man könne den Titel ruhig verabschieden, sollte dann aber einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen einbringen, der den Willen des Ausschusses deutlich mache.

StS Dr. Nehrling (MSWV) erklärt, das Ministerium habe dem Bundesverkehrsminister schon aufgrund der bisherigen Diskussionen den Willen des Ausschusses vorgetragen, fände es aber hilfreich, wenn diese Forderung des Ausschusses noch einmal durch einen förmlichen Beschluß untermauert würde.

Auf Bitte der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) wird die Verabschiedung des Titels bis zum 20.02. zurückgestellt.

Titelgruppe 61 wird auf Bitte der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) und des Abg. Aigner (SPD) zurückgestellt. Titelgruppe 62 wird verabschiedet; Titelgruppe 63 wird auf Verlangen der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) zurückgestellt. Titelgruppe 64 wird ebenfalls verabschiedet, verbunden mit der Bitte an das Fachministerium und das Finanzministerium, notwendige redaktionelle Korrekturen vorzunehmen.

Titelgruppe 65 - Zuweisungen und Zuschüsse des Landes für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs mit Massenverkehrsmitteln - wird auf Bitte der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) erneut zurückgestellt.

Der Vorsitzende bittet das Ministerium, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses nach den Haushaltsberatungen über das Problem der Werkstätten zu berichten. Zunächst sei eine Hauptwerkstatt vorgesehen gewesen, und jetzt werde von 5 Schwerpunktwerkstätten gesprochen, was die Kosten natürlich erheblich erhöhen würde. Er bitte gleichzeitig die Stadtbahngesellschaften, mit diesen Plänen etwas kurz zu treten, bis der Ausschuß darüber beraten habe.

Verkehrsausschuß
10. Sitzung

06.02.1986
ig-mm

Titelgruppe 66 - Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs mit Massentransportmitteln - wird auf Wunsch der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) zurückgestellt,

nachdem Oberamtsrat Wemhoff (Finanzministerium) mitgeteilt hat, daß die Höhe der Bundesmittel nun bekannt sei und mit dem Ansatz übereinstimme und die anderen Fraktionen sich daraufhin bereit erklärt haben, den Titel zu verabschieden.

Titelgruppe 71 wird einvernehmlich verabschiedet.

Zu Kapitel 11 500 - Straßen- und Brückenbau

Zu den zurückgestellten Titeln 643 10 und 643 20 (beide Titel ohne Ansatz) und Titel 653 10 - Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen - mit einem Ansatz von 82 570 000 DM erklärt Abg. Aigner (SPD), seine Fraktion beabsichtige nicht, einen Antrag zu stellen. Er wolle nur daran erinnern, daß die Verkehrsministerkonferenz im letzten Jahr einen einstimmigen Beschluß gefaßt habe, der darauf hinauslaufe, daß der Bundesanteil in Höhe von 3 % der Kosten für die Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen, der für Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung gezahlt werde, zu niedrig sei, und daß eine entsprechende Bundesratsinitiative laufe, und den Staatssekretär um Auskunft bitten, was weiter geschehen solle, um den Bund dazu zu bringen, seine Last im Rahmen der UA III-Mittel zu tragen. Es gehe nicht an, daß das Land ständig 7 % dazuschieße, während die Landschaftsverbände auch mit diesen dann insgesamt 10 % der Baukosten betragenden Planungsmitteln nicht auskämen, sondern 13 bis 14 % forderten.

StS Dr. Nehrling (MSWV) weist zunächst darauf hin, daß die Landesregierung von den Landschaftsverbänden noch nachhaltiger darauf hingewiesen werde, daß der Satz für die Planungs- und Vorbereitungskosten zu niedrig sei. Die Landesregierung habe vor Jahren gemeinsam mit Niedersachsen einen Vorstoß unternommen, dann mit Baden-Württemberg, nachdem Niedersachsen aus unerklärlichen Gründen abgesprungen sei.

Die Schwierigkeit liege darin, daß das Problem in anderen Bundesländern mit einer staatlichen Straßenbauverwaltung als Mittelinstanz nicht so evident werde. Es gebe eine Kommission, die damit befaßt sei, im Detail zu untersuchen, was aufgrund des Artikels 104 a GG der Bund und was die Länder zu tragen hätten.